

Und noch einmal: Nein zur Rente mit 65

Streiks und Kundgebung gegen asoziale Politik in Griechenland

Heike Schrader, Athen

Ferien in Athen. Die Schulen sind geschlossen, die Straßen leer. Nur rund um das Parlament herrschte am Donnerstag das gewohnte Chaos in der Innenstadt. Wegen einer Streikkundgebung des Gewerkschaftsdachverbandes im öffentlichen Dienst, ADEDY vor der griechischen Volksvertretung waren die Straßen ringsherum weitläufig abgesperrt worden. Doch nur wenige hundert Gewerkschafter hatten sich am Donnerstag hier versammelt. Auch an einer zeitgleich veranstalteten getrennten Demonstration der in der kommunistisch orientierten Gewerkschaftsfront PAME organisierten öffentlichen Angestellten nahmen nur wenige hundert Menschen teil.

Mit dem vielleicht letzten Streik vor der Sommerpause setzten sich die Angestellten erneut gegen drastische Verschlechterung bei der Rente zur Wehr. Genau wie ihre Kollegen und Kolleginnen in der privaten Wirtschaft sollen sie 40 statt bisher 35 Jahre arbeiten und dann erst mit 65 statt bisher etwa 58 Jahren in den Ruhestand gehen. Besonders hart trifft diese Regelung die in Griechenland bei der Kindererziehung in der Regel weitgehend auf sich allein gestellten Frauen. Hatten Mütter mit minderjährigen Kindern bisher schon mit 55 Pensionsansprüche, so gilt auch für sie nun ein Renteneintrittsalter von 65 Lebensjahren.

Was der Kundgebung am Donnerstag vor dem Parlament an Teilnehmern fehlte, machten die Protestierenden mit ihrer Lautstärke wieder wett. Geradezu grotesk wirkte das wohl auf eine wesentlich höhere Teilnehmerzahl abgestimmte Polizeiaufgebot. Martialisch bewaffnete und mit schußsicheren Westen ausgerüstete Sondereinheiten schirmten Straße und Gebäude hermetisch gegen die friedfertigen Protestierer ab.

Entgegen der geringen Beteiligung an der Kundgebung lag die Beteiligung am Streik gewohnt hoch. Da Schulen und Universitäten allerdings ohnehin bereits geschlossen haben und auch die Behörden in den Sommerferienmonaten üblicherweise kaum frequentiert werden, dürften die Auswirkungen des vierstündigen Ausstandes gering gewesen sein. In der heimischen Presse vernachlässigt, schaffte es der Streik vom Donnerstag durch die Teilnahme der Fluglotsen und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten für Touristen immerhin in die Auslandspresse.

Im Parlament war das Rentengesetz für den öffentlichen Dienst bereits in der Nacht zum Donnerstag mit den Stimmen der regierenden sozialdemokratischen PASOK verabschiedet worden. Nun sind Ferien in Griechenland. Für das Parlament trifft das (noch) nicht zu. Es wird nur zwischen dem 1. und 20. August jeden Jahres geschlossen. Geradezu traditionell werden in den verbleibenden Parlamentswochen im Sommer Gesetze durchgestimmt, die außerhalb der Feriensaison auf starken Widerstand stoßen würden. Auf der diesjährigen Sommertagesordnung steht beispielsweise die Freigabe bisher an staatliche Lizenzen gebundener Berufe wie Spedition und Taxifahren an die nationale und internationale Konkurrenz.